

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Angst vor morgen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1952) : Die Angst vor morgen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 32, Iss. 4, pp. 216-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131500>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Deutschlandfrage und die europäische Integration

Die Stellung der Opposition in der Bundestagsdebatte

Bonn, 7. 4. 1952

Mit dem Vorschlag der Sowjetregierung an die übrigen Besatzungsmächte, Friedensvertragsverhandlungen mit Deutschland aufzunehmen, hat die politische Szene gründlich gewechselt. Der Bundestag ist sich in der Beurteilung der Lage nicht einig.

Durch die in Südwestdeutschland und anderwärts erwarteten — aber nicht eingetretenen — Wahlniederlagen der Koalitionsparteien hatte die Regierungsseite offenbar Mut gefaßt, ihre Vorbereitungen zum militärischen Anschluß an den Atlantik-Pakt (auf dem Umweg über die Europa-Armee) mit Nachdruck als vorrangig zu behandeln.

Weltweite Entspannung als Voraussetzung

Durch das Angebot an die übrigen Besatzungsmächte gestehen die Russen ein, was sie bisher strikt verneinten, daß gesamtdeutsche Wahlen keine Angelegenheit „deutscher Beratungen“ sind, sondern auf internationaler Ebene beschlossen und garantiert werden müssen.

Durch den Vorschlag, für Deutschland eine nationale Armee mit eigener Rüstung zu gestatten, desavouieren die Russen ihr ganzes pazifistisches „ohne uns“ als Propagandarummel. Aber sie knüpfen daran die Bedingung, die die ganze Problematik zwischen Ost und West enthüllt: das wiedervereinigte Deutschland darf an keiner Koalition teilnehmen, die die Sowjetunion als gegen sich gerichtet ansieht. Wie das bewerkstelligt werden soll, ohne Deutschland dadurch fast automatisch dem russischen Einfluß in die Hände zu spielen, erscheint vielen in der heutigen weltpolitischen Lage unlösbar. Denn eine Neutralisierung zwischen den beiden militärisch gerüsteten weltpolitischen Machtblöcken, den USA. und der Sowjetunion, ist bei der geographischen Lage Deutschlands von vornherein aussichtslos. Ein Rückzug der USA.-Truppen aus Westdeutschland (und damit vielleicht aus ganz Europa) würde uns

dem einseitigen Druck der unmittelbar benachbarten Russen und ihrer Satelliten ausliefern. So lange sich diese Weltmächte kampfbereit gegenüberstehen, ist die Verfügung über Deutschland strategisch entscheidend.

Der russische Vorschlag läuft deshalb notwendigerweise darauf hinaus, eine weltweite Entspannung mit den USA. zu erreichen. Dazu genügt es nicht, in Panmunjon über Korea zu verhandeln, sondern die Weltmächte müssen sich über den größeren Zankapfel Deutschland einigen. Es ist das manchmal als Tragik empfundene Schicksal Deutschlands, durch seine politische Vergangenheit, seine Wirtschaft und durch seine geographische Lage immer wieder in den Mittelpunkt weltweiter Auseinandersetzungen gestellt zu sein.

Opposition und Bundesregierung

Der Haupteinwand der Opposition gegen die Regierung ist, daß sie versucht, bei diesen Auseinandersetzungen eine Stellung zu beziehen, die die politische Lage gar nicht von ihr erfordert — und damit unmittelbare deutsche Belange schädigt. Die Russen haben ja nicht uns, sondern ihre Verbündeten des letzten Krieges über unsere Zukunft interpelliert. Die Pflicht der deutschen Regierung ist es in diesem Augenblick, allen Besatzungsmächten Deutschlands Forderungen bekanntzugeben: nämlich Wiedervereinigung durch freie Wahlen. Dadurch wäre der unmittelbare Einfluß der Russen mitten in Deutschland (denn Deutschland ist nicht nur Bonn und Köln, sondern ebenso Ostberlin, Leipzig und Weimar) ausgeschaltet, und das deutsche Volk könnte deutlich vor aller Welt dokumentieren, daß es nach Zivilisation und politischer Vorstellungswelt vom Westen gehört. Die Russen sind vielleicht bereit, diese Entwicklung zu ertragen; jedenfalls erklären sie sich mit dieser Forderung einverstanden, und ihnen ist das zwangsläufige Ergebnis solcher Wahlen sicher nicht verborgen.

Höchstwahrscheinlich hat der Bundeskanzler damit recht, daß die russische Gesprächsbereitschaft nur der Erfolg der wachsenden militärischen Stärke des Westens sei. Aber hat er auch mit seiner Schlußfolgerung recht, „daß wir ein solches vernünftiges Gespräch mit Sowjetrußland nur erreichen — ja, wenn wir stark sind“? Wer ist „wir“? Deutschland? Das ist bisher nicht stark. Allenfalls ist es die Stärke der USA., die die Russen zum Einlenken bewegen hat und die sie nicht noch durch die Remilitarisierung Deutschlands innerhalb des Atlantik-Pakts vermehrt sehen möchten. Und nicht nur die Russen möchten ein Wiedererstarken Deutschlands verhindern. Es ist aber auch nicht richtig, falls er sich mit diesem „wir“ mit den USA. und den übrigen Westalliierten identifiziert, daß diese einmütig die deutsche Forderung nach Wiedervereinigung unterstützen. Die Analyse der westlichen Interessen in bezug auf Deutschland zeigt jedenfalls schwere Bedenken gegenüber einer Wiedervereinigung, die mit einem „Erstarken“ gleichgesetzt wird.

Die Wiedervereinigung — eine Funktion der Großmachtspolitik

Wenn die Russen sich jetzt davon überzeugt haben, daß die Einbeziehung Westdeutschlands in den Atlantik-Pakt eine Gefahr für sie ist, weil eine deutsche Armee nur im Rahmen des Atlantik-Pakts eine Potenz erlangen kann, so werden sie das mit allen Mitteln zu verhindern suchen, indem sie nur eine deutsche souveräne Scheinarmee zulassen wollen. Das bezweckt offenbar ihr Vorstoß. Die Franzosen zum Beispiel und andere westliche Politiker versuchen andererseits — aus denselben Befürchtungen gegenüber Deutschland — die Wiedervereinigung zu verhindern und das deutsche Kriegspotential für sich nutzbar zu machen, indem sie die Verfügungsgewalt über deutsche Truppen in die Hände des Atlantik-Pakt-Rates verlegen wollen. Die deutsche Einheit also wird von beiden Seiten nur als Funk-

tion ihrer eigenen nationalen Außenpolitik behandelt, die nur solange und nur soweit Unterstützung findet, wie die eigenen Ziele dem entsprechen.

Daß die Politik der Kommunisten in Deutschland nur der Abglanz der nationalen russischen Politik ist, weiß heute jeder. Aber auch die Politik der Integration Westeuropas ist in Gefahr, zu einer bloßen Funktion amerikanischer Europapolitik herabzusinken.

Der Bundeskanzler spekuliert darauf, daß eines Tages die westliche Drohung die Sowjetunion veranlassen wird, Mittel- und Ostdeutschland herauszugeben. Und er befürchtet andererseits, daß eine Weigerung der Bundesrepublik gegenüber der westlichen Eingliederung die Amerikaner zum Abzug aus Europa veranlassen könnte. Beide Vorstellungen beruhen auf dem Irrtum, daß persönliche Regungen wie Bedrohung oder Verdruß die Weltmächte von ihrem Weg abbringen könnten. Die im-

perialistische Struktur dieser Machtstaaten erscheint gegenüber beiden Regungen immun.

Ehe die Russen durch eine direkte Bedrohung weichen, lassen sie es auf den Krieg ankommen, wenn nicht vorher die Beilegung auf dem Verhandlungswege gelingt. Und ehe die Amerikaner sich schmolldend aus Europa zurückziehen, um es den Russen kampfflos zu überlassen, versuchen sie durch Verhandlungen, den Konflikt auszuräumen.

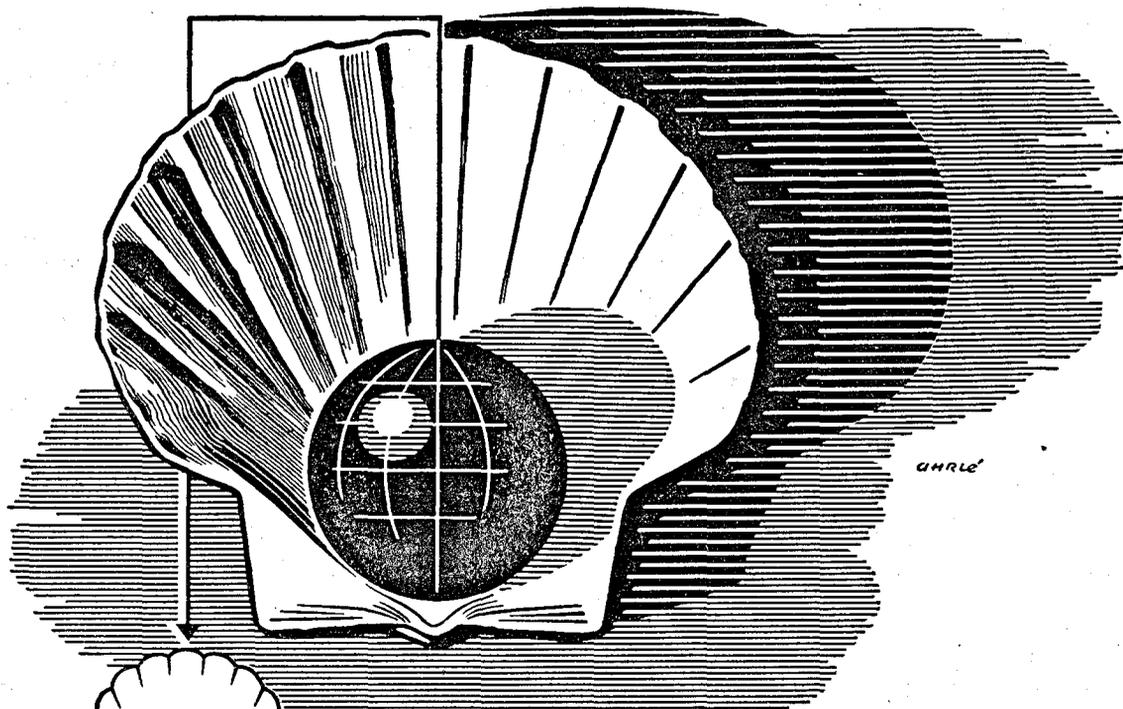
Der Deutschland-Politik sind neue Aufgaben gestellt: die Russen sind

dabei, ihre festgefahrene Position gegenüber Deutschland aufzugeben. Es ist deshalb auch für den Westen an der Zeit, neue Positionen zu suchen, denn die „westliche Integration“ war nur geplant für den Fall, daß die Sowjetunion nicht über Deutschland zu verhandeln bereit war. Deutschland kann in dieser Situation nur Interesse an dem Zustandekommen der Verhandlungen haben, dabei sein Recht auf Wiedervereinigung geltend machen und über die Friedlichkeit seiner Absichten keinen Zweifel lassen. (tz)

Bleibt uns überhaupt eine Alternative?

Die russische Note an die Westmächte mit dem Vorschlag eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Antwort der Westmächte darauf haben die Bundesrepublik vor eine geschichtliche Alternative gestellt. Moskau bietet der Bundesrepublik an: Vereinigung Gesamtdeutschlands bei Verzicht auf eine Beteiligung der Bundesrepu-

blik an einem „gegen einen seiner früheren Gegner gerichteten Bündnis“, d. h., bei Verzicht auf Beteiligung an der Verteidigungsgemeinschaft des Westens, die bekanntlich Moskau — und diese Einstellung ist unabdingbar und nicht durch gegensätzliche Erklärungen des Westens aus der Welt zu schaffen — als ein gegen Rußland gerichtetes



DEUTSCHE SHELL AKTIENGESELLSCHAFT



ZWEIGNIEDERLASSUNGEN IN: BERLIN · BREMEN · DOSSELDORF · FRANKFURT/MAIN · HAMBURG
HANNOVER · KÖLN · LUDWIGSHAFEN · MÜNCHEN · NÜRNBERG · STUTTGART
RAFFINERIEEN IN: HAMBURG-GRASBROOK · HAMBURG-HARBURG · HAMBURG-WILHELMSBURG
MONHEIM · REISHOLZ
GROSSTANKLAGER, TANKLAGER, SHELL-STATIONEN IN ALLEN TEILEN DES BUNDESGBIETES.

aggressives Bündnis betrachtet. Der Westen bietet der Bundesrepublik an: Aufnahme in die westliche Lebens- und Verteidigungsgemeinschaft bei Vorrangstellung dieser europäischen Integration gegenüber dem innerdeutschen Problem der gesamtdeutschen Einigung. Versimplifiziert heißt für die Bundesrepublik diese Alternative: was ist in erster Linie anzustreben: die Aufnahme der Bundesrepublik in die westliche Verteidigungs- und Sicherheitsgemeinschaft oder die Vereinigung der getrennten deutschen Teile zu einem neuen Gesamtdeutschland?

Für jeden, der deutsche Politik mit dem Herzen betreibt, scheint die Entscheidung nicht schwer: die deutsche Einheit stand in der Wertskala der deutschen Empfindungen immer an erster Stelle. Und nicht nur das: die deutsche Einheit war allen Deutschen seit Jahrhunderten das unverlierbare Ideal ihrer patriotischen Sehnsucht und seit 80 Jahren das kostbare Vermächtnis deutscher Geschichte. Und wem das nicht genügt, dem sei gesagt: Die deutsche Einheit war auch immer das reale Unterpfand deutscher Geltung und Größe. Die Schlußfolgerung scheint klarzuliegen: also zuerst mit allen Mitteln die deutsche Einheit!

Eine falsche Voraussetzung

Sie scheint aber nur so klar zu sein. In Wirklichkeit wird sie von den realen Fakten so hart bedrängt, daß sie in Gefahr kommt, irrealistisch, ja illusionär zu sein! Die Schlußfolgerung geht nämlich von einer falschen Voraussetzung aus: von der Voraussetzung, daß wir die Freiheit der Wahl hätten. Diese Freiheit der Wahl haben wir nicht. Wir haben nur eine echte freie Wahl: die, zu dem von uns geforderten Verteidigungsbeitrag ja oder nein zu sagen. Diese Freiheit ist echt und unbestritten. Sie kann uns niemand nehmen, und sie wird uns auch von niemand streitig gemacht. Aber es ist eine falsche, durch eine bewußt oder unbewußt falsche Fragestellung in der ganzen Diskussion hervorgerufene Auffassung zu glauben, daß ein Nein zum deutschen Verteidigungsbeitrag bereits ein effektives Ja zu Gesamtdeutsch-

land darstelle. Es ist in Wirklichkeit nur ein Ja zur Weiterführung des bisherigen Besatzungsregimes. Denn es ist eine Illusion anzunehmen, daß die Westmächte bei einer ausdrücklichen Weigerung der Bundesrepublik, sich ihrem Sicherheitssystem anzuschließen, freiwillig das Pfand aus der Hand geben würden, das nun einmal die deutschen Westzonen für sie darstellen. Sie werden sie behalten, und die einzige Folgerung, die sie aus einer Weigerung der Bundesrepublik, ihr Verbündeter zu werden, ziehen werden, wird die sein, ihre Methode des Besatzungsregimes wieder zu verstärken. Von begreiflichem Mißtrauen gegen die Bundesrepublik erfüllt, werden sie der Bundesrepublik den Weg zu Gesamtdeutschland nicht frei, sondern möglichst schwer machen — solange jedenfalls schwer machen, solange sie nicht die Garantie haben werden, daß dieses Gesamtdeutschland keinen Kurs steuert, der aus ihrem Lager heraus in das Lager ihres Gegenspielers führt.

Es ist eine Illusion zu glauben, daß eine Unterzeichnung des Generalvertrages vor dem Beitritt Deutschlands zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft an dieser Situation etwas ändern würde. Im Generalvertrag behalten sich bekanntlich die Westmächte die Entscheidung über die Frage Gesamtdeutschland ausdrücklich vor. Sie sind also jederzeit, ohne vertragsbrüchig zu werden, in der Lage, eine Vereinigung Deutschlands unter ihnen nicht genehmen Aspekten zu verhindern. Und, darauf kann man sich verlassen, sie werden es tun...

Auf der anderen Seite ist das Problem ebenso festgefahren. Da das wesentlichste, ja ausschließliche Ziel der Moskauer Politik es ist, die Einbeziehung Deutschlands in das westliche Europa zu verhindern, wird auch Rußland niemals einem Gesamtdeutschland zustimmen, bei dem auch nur die Gefahr einer solchen Integration gegeben ist. Seine Haltung ist in dieser Beziehung konkret und unmißverständlich: es bietet uns die deutsche Einigung lediglich als Preis dafür an, daß wir auf diese Einordnung in die westliche Welt verzichten...

Das Problem der Neutralisierung

Bei dieser Lage der Dinge stellt sich natürlich das Problem der Neutralisierung Deutschlands von selbst: wie wäre es, wenn wir den beiden Mächteblöcken anböten, uns keinem von ihnen anzuschließen, und uns dafür von beiden die Zustimmung zu unserer Einigung erbäten? Die Frage wäre zu überlegen, wenn sich nicht sofort eine Schwierigkeit ergäbe: eine Neutralisierung Deutschlands schließt selbstverständlich die vollständige Herausnahme Deutschlands aus dem politischen und militärischen System des Besatzungsregimes in sich. Ein neutralisiertes Deutschland mit Hochkommissaren und Besatzungstruppen wäre ein Widerspruch in sich. Also Abzug der Besatzungstruppen! In der Tat wird dieser Abzug der Besatzungstruppen und ihre Ersetzung durch eine „nationale deutsche Armee“ in der russischen Note vorgeschlagen. Aber Abzug der Besatzungstruppen auf der einen Seite ist nicht gleich Abzug der Besatzungstruppen auf der anderen Seite. Abzug der amerikanischen Besatzungstruppen aus Deutschland bedeutet eine Rücknahme der amerikanischen Truppen um 6 000 km auf den amerikanischen Kontinent, da begrifflicherweise Frankreich und die Beneluxstaaten wenig Lust verspüren werden, die abziehenden Besatzungstruppen bei sich in Station und Brot zu nehmen. Abzug der russischen Besatzungstruppen bedeutet ihre Zurückverlegung nach Königsberg und in die masurischen Wälder. Das ist nicht nur ein gewichtiger, das ist ein schlechthin entscheidender Unterschied. Er bedeutet nämlich nicht mehr und nicht weniger, als daß für Amerika eine Neutralisierung Deutschlands in der von den Russen vorgeschlagenen Form nicht nur einer vollkommenen Preisgabe Deutschlands, sondern einer Auslieferung Deutschlands, seines Menschen- und Industriepotentials an den mit Recht schlecht beleumundeten Moskauer „goodwill“ gleichkommt, während für Rußland die Neutralisierung Deutschlands lediglich die Bereitstellung Deutschlands für einen leichten und ungefährlichen Zugriff bedeutet. Begreift man, daß der



VEREINSBANK IN HAMBURG

AUSSENHANDELSBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 34 10 15
TELEGR.-ADR.: VEREINSBANK, FERNSCHREIBER: 021:1203 UND 021:1461

Westen sich mit einer solchen Neutralisierung nicht befreunden will und daß er entschlossen ist, sich ihr mit den ihm zu Gebot stehenden Mitteln, d. h. mit einer Verweigerung der Freigabe der deutschen Souveränität auf politischem und militärischem Gebiet zu widersetzen?

Unsere Souveränität — eine Fiktion

Wie man das Problem dreht und wendet, man kommt eben über die Tatsache nicht hinweg, daß die deutsche Souveränität, von Westen wie von Osten her betrachtet, immer noch eine Fiktion, die Usurpation dieser Souveränität durch zwei sich in Charakter und Zielsetzung diametral gegenüberstehende Mächteblocks aber immer noch die bittere Realität ist. Die beste Politik läßt sich aber immer noch nicht mit Illusionen, sondern auf Grund von Realitäten treiben. Der Raum, den man umschreiten und bearbeiten kann, muß beackert werden. Auf dem muß Deutschland zunächst einmal als Idee und dann als reale Macht so stark wie möglich gemacht werden. Politik, und erst recht Politik eines geschlagene-

nen Volkes, ist ja nichts anderes als Suche nach Macht, als dem einzigen großen Lebensgesetz, das nun einmal — man mag getrost hinzufügen: leider! — die Lebensgemeinschaft der Nationen regiert.

Niemals wird das Ziel der deutschen Einigung aus den Augen verloren werden dürfen; aber immer werden wir uns klar sein müssen: eine Einigung, wie wir sie wollen und wünschen müssen: eine Einigung, in der allein der deutsche Wille und das deutsche Interesse bestimmen und in der Deutschland so stark ist, diesen Willen und dieses Interesse auch gegenüber allen Seiten zu behaupten, wird uns weder vom Osten noch vom Westen geschenkt werden. Wir allein können sie uns erarbeiten, sie vom Schicksal „abverdienen“, uns mühsam emporziehen zu ihr, indem wir wenigstens den Zipfel der Macht ergreifen, der uns von einem gnädigen oder ungnädigen Schicksal — wie man es nimmt — wieder zugespielt worden ist, und dieser Zipfel wird uns gegenwärtig vom Westen und nicht vom Osten gereicht! (A. W.)

Handlungsfreiheit nur eine Scheinsouveränität sein konnte. Es ist damals verschiedentlich vor einer solchen Übereilung gewarnt worden, aber im Prinzip waren sich die politischen Parteien über diesen Schritt, der ihnen die Möglichkeit einer aktiven Betätigung bot, einig. Vielleicht konnte damals auch nicht mit aller Klarheit übersehen werden, in welchem Tempo und in welcher Tiefe sich die Spaltung unserer ehemaligen Kriegsgegner vollziehen würde und in welche prekäre Lage die beiden Zonenstaaten dadurch bald geraten würden. Gewiß hätten wir eine Weigerung zur Regierungsbildung bis zur Bereinigung der Deutschlandfrage mit schweren wirtschaftlichen Nachteilen erkaufen müssen. Aber vielleicht wäre es politisch klüger gewesen. Denn mit der Regierungsbildung haben wir den Besatzungsmächten eine Verantwortung abgenommen, die wir mit gutem Gewissen nicht übernehmen konnten, weil unsere politische Handlungsfreiheit eben nur bedingt war und sein konnte. Wenn wir auch an dieser Entwicklung heute nichts mehr ändern können, so könnte sie uns doch vielleicht eine Lehre sein, daß ein besiegter und besetzter Staat äußerste Reserve üben muß und sich durch vorzeitiges Handeln nicht in den Mahlstrom der Großmachtpolitik hineinreißen lassen darf.

Die gegenwärtige Fragestellung

Gegenwärtig pointiert sich die Fragestellung etwa folgendermaßen: Würden die USA. bereit sein, der Bildung eines vereinten Deutschland zuzustimmen, das nicht in die westliche Verteidigungsgemeinschaft einbezogen ist und zwischen den beiden politischen Blöcken steht? Wer könnte die Integrität eines solchen Deutschland garantieren? Würde andererseits die Sowjetunion bereit sein, der

Die Entscheidung liegt nicht bei uns . . .

Zweifellos befinden wir uns in einem ganz scheußlichen Dilemma. Es wird zwar von allen Seiten festgestellt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands das oberste Ziel aller Deutschen jeder Parteirichtung sei, aber die Wege, die zur Erreichung dieses Zieles aufgezeigt werden, weichen so stark voneinander ab, daß kaum eine Einigung darüber zu erwarten ist, welcher von den Wegen als der aussichtsreichste einzuschlagen ist. Die Argumentation des Für und Wider scheint auf beiden Seiten schlüssig zu sein und endet letztlich in einem Glaubensbekenntnis an das weltpolitische Mächteverhältnis und die weltpolitische Zukunftsentwicklung.

Frühreife Früchte

Nun sind wir an diesem Dilemma, in das wir hineingeraten sind, nicht ganz schuldlos. Als sich uns nach einem verhältnismäßig kurzen Besatzungsregime die Möglichkeit bot, eigene Regierungen über Teilstaaten zu errichten, haben wir mit beiden Händen zugegriffen. Diese Wahl hat der Bundesrepublik gewiß große wirtschaftliche Vorteile gebracht, und es wäre wohl andernfalls nicht möglich gewesen, die Kriegsfolgen in so raschem Tempo zu überwinden. Mit diesem Schritt nahmen wir aber auch politisch eine Verantwortung auf uns, obwohl es uns von vornherein klar sein mußte, daß unsere politische

Bildung eines vereinten Deutschland zuzustimmen, das in die europäische Verteidigungsgemeinschaft einbezogen ist? Wir können keine dieser Fragen beantworten. Wenn wir aber in unserer Politik der Wiedervereinigung Deutschlands die Vorrangstellung geben wollen, so müssen wir uns davor hüten, etwas zu tun, das die Beantwortung dieser Fragen vorwegnimmt.

Wir müssen uns klar sein, daß weder Westdeutschland noch Ostdeutschland in absehbarer Zeit eine politische Machtstellung erringen können, die dazu ausreicht, die Wiedervereinigung zu erzwingen. Wir müssen auch die Illusion ausschalten, daß wir durch geschicktes Lavieren in unsern außenpolitischen Handlungen die Weltlage zu unsern Gunsten ausnützen könnten. Unsere wirtschaftliche und politische Machtstellung ist noch viel zu unbedeutend, als daß wir durch unsere Bereitwilligkeit oder Nichtbereitwilligkeit etwas erhandeln oder erzwingen könnten. Die Wiedervereinigung Deutschlands zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist allein und ausschließlich davon abhängig, ob beide Großmächtsblöcke es zum gegebenen Zeitpunkt für vorteilhaft halten, der Wiedervereinigung unter gewissen Bedingungen zuzustimmen, um die durch die Teilung bedingte ungeheure Spannung in Europa zu lösen. Auf die Festsetzung der Bedingungen haben wir keinen Einfluß. Zweifellos mögen im Osten wie im Westen einige Fakten für eine solche friedliche Entspannung sprechen. Ob sie stark genug sind, trotz der entgegengesetzten Interessen dafür eine gemeinsame Basis finden zu lassen, entzieht sich unserer Beurteilung.

Wir bleiben immer Europäer

Manchen Idealisten mag eine so realpolitische Beurteilung unserer Lage verstimmen. Sicher möchten viele lieber ihrem Herzen folgen und durch aktives Handeln die Dinge voranzutreiben versuchen. Wir können unsern Anspruch auf Wiedervereinigung gern noch lauter anmelden, als das bisher geschehen ist. Wir dürfen aber bestimmen nichts tun, das die noch offene Entscheidung der Großmächte in irgendeiner Richtung

festlegt; ganz besonders dürfen wir aber nichts tun, was für eine Großmacht zur Prestigefrage werden könnte. Wir haben uns mit sehr viel Wärme für eine europäische Gemeinschaft eingesetzt, und wir werden das weiter tun, ganz gleich wie unsere politische Stellung in Europa sein mag, denn wir sind im Innersten von der Notwendigkeit eines wirtschaftlich-politischen Zusammenschlusses der europäischen Staaten überzeugt. Sicherlich wäre das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands um vieles leichter, wenn es außer den beiden Großmächtsblöcken ein selbständiges und starkes Europa gäbe. Aber diese europäische Gemeinschaft ist noch nicht so weit gediehen, daß

sie an einer schnellen oder langsamen Unterzeichnung eines Vertrags gedeiht oder scheitert. Um das zu erkennen, brauchen wir nur an die geringe Begeisterung der europäischen Partnerländer über eine gleichberechtigte Aufnahme der Bundesrepublik zu denken. Was wollen wir also durch ein voreiliges Handeln in einer Angelegenheit, über die sich unsere Vertragspartner selbst noch nicht einig sind, erreichen? Wollen wir weitere wirtschaftliche Vorteile einheimen? Man muß auch einmal auf wirtschaftliche Vorteile verzichten können, wenn höhere Güter es geraten scheinen lassen, und das scheint mir hier der Fall zu sein. Trotzdem liegt die Entscheidung nicht bei uns. (h)

Die Angst vor morgen

Trotz des fortschreitenden Ausbaus der Sozialversicherungssysteme in allen zivilisierten Ländern und trotz des Aufgreifens der sozialen Frage in den noch unterentwickelten Gebieten scheint die Angst des Menschen vor dem morgen dauernd zu wachsen. Diese Angst vor dem morgen ist heute weniger die Sorge vor wirtschaftlichem und sozialem Elend als vielmehr eine Angst um die leibliche und geistige Existenz überhaupt. Wir haben zwei Weltkriege über uns ergehen lassen müssen. Terror politischer Systeme und Bedrückungen von Besatzungsregimen haben die Menschen weiter Gebiete eingeschüchtert und zermürbt. Seit Jahren hält die Spannung über die weitere Entwicklung an. Dieser fort-dauernde seelische und körperliche Druck hat die Menschen klein gemacht, hat sie des Willens zur eigenen freien Entscheidung beraubt und sie zu geistigen Mitläufern im wahrsten Sinne des Wortes werden lassen. Dieser Druck bedroht die innere Freiheit des Menschen in viel stärkerem Maße als die wirtschaftlichen und sozialen Nöte.

Es scheint, als ob die Aufrechterhaltung der Spannung in den letzten Jahren zu einem unentbehrlichen Machtmittel der Regierungen gegenüber anderen Staaten und gegenüber den eigenen Staatsbürgern geworden ist. Aber auch andere Organisationen und Institutionen machen sich dieses Mittel zunutze. Die größte Gefahr anhaltenden Spannung liegt darin, daß sich ganz unmerklich im Menschen nach und nach die Überzeugung festsetzt, daß nur die Katastrophe die Entspannung bringen kann. Diese latente Bereitwilligkeit zur Katastrophe nimmt uns aber die Kraft, den gefährlichen Entwicklungen mit Energie entgegenzutreten. Der einzelne fühlt sich dem überhöhten Spannungsverhältnis gegenüber machtlos. Die Folge davon ist die Resignation und das Sich-treiben-lassen in einem Strom, der den einzelnen der Verantwortlichkeit enthebt.

Als vor nahezu 10 Monaten die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea begannen und von vielen die Anbahnung einer weltpolitischen Entspannung prophezeit wurde, befürchteten wir, daß beide gegnerische Seiten ein Interesse daran haben könnten, zwar die Kampfhandlungen einzuschränken, aber die Spannung über Monate hinaus aufrechtzubalten. Wenn wir heute im Vorgeplänkel neuer weltpolitischer Konferenzen stehen um eine Frage, die uns unmittelbar angeht, so müssen wir befürchten, daß auch hierbei nicht der Wille zur weltpolitischen Entspannung beherrschend ist, sondern das Bemühen, neue strategische und diplomatische Positionen zu schaffen. Man wird also eher bemüht sein, in den nächsten Monaten den Druck zu verstärken und die Spannung zu erhöhen, um günstigere Ausgangsstellungen zu schaffen.

Jeder verantwortliche Politiker erklärt, daß die Freiheit des Menschen sein letztes Ziel sei. Die Politiker sollen daran denken, daß die Aufrechterhaltung der unerträglichen Spannung das Ende jeder menschlichen Freiheit bedeutet. Die Angst vor morgen vernichtet den freien Menschen und die menschliche Würde. (sk)